

Dokumentation Jahrestagung Asyl 21. Februar 2019, Berlin

AG 3 Recht auf Bildung und Zugang zu Regelschulen vor der Umverteilung

In so genannten Transit-, Ankunfts- (Erst-)Aufnahme- oder AnKER-Zentren scheinen das grundsätzliche Recht und die Pflicht, zur Schule zu gehen, nicht mehr zu gelten. Nachweislich über Monate spielt sich das Leben vieler der dort untergebrachten geflüchteten Kinder und Jugendlichen fast ausschließlich in den Grenzen der Einrichtungen ab. Einen Zugang zur Regelschule gibt es für die Dauer des Aufenthaltes nicht. Bildungs- und Betreuungsangebote in den Einrichtungen unterliegen höchst eigenen Maßstäben und Realitäten, die an ein Äquivalent zur Regelschule nicht heranreichen. Diese Realität widerspricht dem europa- und menschenrechtlich garantierten Recht auf Bildung. Doch wie kann dieses in den verschiedenen Bundesländern durchgesetzt werden?

Moderation und Input: **Janine Metelmann**, Paritätischer Landesverband NRW/**Juliane Meinhold**, Paritätischer Gesamtverband Berlin

Nach Einführung in das Thema wurden die Situationen in den einzelnen Bundesländern ausgetauscht sowie Handlungsoptionen diskutiert und gesammelt:

Bundesland	Arbeitsbereich
Bayern	Stadt München (Referat Bildung u. Sport)
Meck.-Vorpommern	K+J, UMF (Schwerin)
Bayern	Arbeitsmarkt/Bildung (Nürnberg), LGBTQ*, Ankerzentren
Bayern	Koordinierung, Beschäftigung Stadt München
Bayern	Berufliche Integration
NRW	Flüchtlingsberatung
Rheinland-Pfalz	Montessori Bildung
NRW	Flüchtlingsberatung, EZH
Berlin	(betriebl.) Bildung
Sachsen	Flüchtlingsrat, Bildungs-/Arbeitsmarkt

Handlungsoptionen:

- LAG FW (Landes AG der Freien Wohlfahrtspflege)
- IHK, Wirtschaft
- Flüchtlings-, Integrations- u. Bildungspolitische SprecherInnen der (oppositionellen) Parteien
- Jugendämter involvieren
- Kultusministerien mit ins Boot holen
- DGB
- DEW
- Kirchen als Verbündete
- Flüchtlingsräte
- Ehrenamt
- Klagen!
- Klagevorlage / Musterklage
- Bundesweite Petitionen
- Bundesweite Aktion: zeitgleiche Klagen mit funktionierender Öffentlichkeitsarbeit
- Flankierende Veranstaltungen zum Rechtsgutachten
- Status quo über kleine Anfragen in den Bundesländern erfragen
- Informationen für „Fachfremde“ bereitstellen
- Thematisch ausweiten auf Bildung allgemein, altersunabhängig
- Zeitstrahl der Nicht-Beschulung / Nicht-Bildung
- Bezug herstellen zum Fachkräftebedarf
- Skandalisieren
- Bezug zur gesundheitlichen Situation
- Sensibilisierung

Berlin, Februar 2019